



Herr Jürgen Rump

ab 17.25 Uhr

### **Protokollführung**

Herr Gerhard Spiller

### **Verwaltung**

Frau Heike Bialek

Frau Claudia Brasse

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich

Frau Claudia Geyer

Frau Cordula Heimburg

Frau Dr. Agnieszka Opiela

Frau Marion Teichert

### **Gäste**

Frau Christine Bremer

### **Entschuldigte:**

#### **Mitglieder**

Herr Julius Nießen

verhindert

Frau Antje Schulz

verhindert

Herr Björn Busse

verhindert

#### **Grundmandat**

Herr Karl-Heinrich Belte

verhindert

#### **Bürgervertretung**

Frau Mandy Bargholz

verhindert

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.11.2022
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Vorstellung Lukas-Werk Peine
- 6 Gesundheitsberichterstattung Gesundheitsförderung 2021 und 2022
- 7 Informationen der Verwaltung
- 8 Anfragen und Anregungen

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Marotz (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter/innen der Verwaltung.

#### 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Eine Änderung der Tagesordnung wird nicht beantragt. Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt daher die Tagesordnung in der Fassung der Einladung fest.

#### 3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.11.2022

Die Niederschrift über die 5. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales vom 08.11.2022 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche mit 10 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

#### 4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Die anwesenden Einwohner/innen richten keine Frage an den Ausschuss.

#### 5. Vorstellung Lukas-Werk Peine Vorlage: 2023/007

Frau Bremer vom Lukaswerk Peine stellt ihre Einrichtung vor. Dabei handelt es sich um eine Suchtberatungsstelle für legale und illegale Drogen, die insgesamt sechs Fachambulanzen, mehrere Tageskliniken und Fachkliniken umfasst. Eine dieser Fachambulanzen befindet sich seit dem Jahre 1983 in Peine. Ursprünglich erfolgte die Finanzierung durch das Diakonische Werk, seit dem Jahre 2009 erfolgt sie durch den Landkreis Peine. Schwerpunkt in Peine ist die Beratung. Es folgt eine Vorstellung der einzelnen Arbeitsbereiche. Der Hauptteil bei der Arbeit sei die Vermittlung in das Hilfesystem, damit jede/r Klient/-in eine passgenaue Hilfe erhalte. An die Darstellung der Arbeitsbereiche werden die verschiedenen Möglichkeiten ei-

ner Suchtbehandlung vorgestellt. Als ein wichtiger Bestandteil der Tätigkeit wird die Netzwerkarbeit skizziert. Anschließend werden die Möglichkeiten der Prävention erläutert und die entsprechenden Ansätze vorgestellt. Des Weiteren werden die Inhalte und der akzeptierende Ansatz bei der Assistenz beim Wohnen skizziert. Daran schließt sich eine Vorstellung des Cafés Ankerplatz an. Eine Übersicht zur Nachfrage der Beratung und zu den Beratungsanlässen rundet den Vortrag ab. Als Ausblick gibt Frau Bremer an, dass man für jeden eingesetzten Euro insgesamt siebzehn Euro an Folgekosten einsparen würde.

Bürgervertreterin Denecke (im Folgenden werden männliche und weibliche Bürgervertreter als BV bezeichnet) fragt nach, ob chemische oder synthetische Drogen verbreitet seien.

Frau Bremer verneint dies. Bei den Drogen sei Cannabis am häufigsten vertreten, während es den Trend zu chemischen und synthetischen Drogen zwar gebe, dieser sei aber noch nicht in Peine angekommen.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, fragt nach, was ‚medienabhängig‘ bedeute.

Frau Bremer erklärt, dass darunter ein exzessiver Medienkonsum verstanden brauche, bei dem alle anderen Belange wie z.B. Sozialkontakte vernachlässigt werden.

BV Heuer bittet um nähere Erläuterung der inklusiven Angebote.

Frau Bremer antwortet, dass die Beratungsstelle teilweise barrierefrei sei. Allerdings sei eine Abhängigkeit oftmals eine seelische Belastung, auf die man eingehen müsse.

KTA Riedel-Kielhorn bezieht sich auf das Älterwerden der Drogenabhängigen und den Problemen, Plätze im betreuten Wohnen oder in Pflegeheimen zu finden. Sie fragt an, ob es für diesen Personenkreis überhaupt Pflegeplätze gebe.

Frau Bremer räumt ein, dass dies ein schwieriges Thema sei. Während die Unterbringung von Alkoholabhängigen eher kein Problem darstelle, sehe das bei den Substituierten anders aus. Da dieser Personenkreis oftmals regelmäßig einen Ersatzstoff benötige, sehen sich viele Pflegeheime nicht in der Lage, das gewährleisten zu können.

KTA Reimers berichtet davon, gehört zu haben, dass auf kurzem Wege eine Unterbringung in einer Klinik ermöglicht werden könne. Sie fragt nach dem Wahrheitsgehalt dieser Information und verweist auf den Bereich Hannover, wo die Wartezeit drei bis vier Monate betragen solle.

Frau Bremer erwidert, dass es Wartezeiten wie die geschilderte nicht gebe. Sofern jemand eine bestimmte Klinik für seinen Aufenthalt wünsche, könnte die Suche nach einem freien Platz etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen, aber im Übrigen erfolge die Zuweisung sehr schnell. Grundsätzlich gelte aber, dass die Wartezeit bei stationären Behandlungen länger sei als bei ambulanten Behandlungen.

KTA Reimers fragt nach, ob Menschen, die süchtig nach Glücksspiel oder Handynutzung seien, von Hannover nach Braunschweig vermitteln ließen.

Frau Bremer erklärt, dass sich die Kliniken spezialisiert hätten. Die Klinik in Braunschweig sei auf Glücksspielsucht spezialisiert, entsprechend seien die Rehabilitationsmaßnahmen darauf ausgerichtet. Grundsätzlich sei es daher möglich, dass Personen mit diesem Suchtproblem von Hannover nach Braunschweig gehen. Über die konkrete Zuweisung entscheide jedoch der Kostenträger.

BV Schlaugat begehrt zu erfahren, ob die Situation für das Lukaswerk zurzeit der Förderung durch das Diakonische Werk besser gewesen sei als nun mit der Landkreisförderung.

Frau Bremer entgegnet, dass die Förderung durch das Diakonische Werk weggefallen und dass das ein großes Problem gewesen sei.

BV Schlaugat wünscht nähere Informationen zu den präventiven Maßnahmen.

Frau Bremer erklärt, dass es sich dabei um Veranstaltungen mit Schulklassen handele.

KTA C. Wilke fragt nach, welche Schulklassen besucht worden seien und ob diese Maßnahme das gesamte Kreisgebiet betreffe. Zudem begehrt sie zu wissen, ob die Beratungsstelle in Peine für die Suchtkranken gut erreichbar sei.

Frau Bremer antwortet, dass man in den Schulen ab Klasse 8 tätig werde. Dabei werden Schulen im gesamten Kreisgebiet einbezogen. Hinsichtlich der Erreichbarkeit sei die Fachambulanz in Peine in Bahnhofsnähe gut angesiedelt, da die Entfernung nur zwei Minuten Betrage. Da viele suchtkranke keinen Führerschein mehr hätten, seien sie auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, allerdings würden viele Betroffene aus den Landgemeinden wegen der kürzeren Wege oft nach Peine umziehen. Zudem sei es nach einer Therapiesitzung nicht immer möglich, in den Wohnort, beispielsweise Groß Lafferde, zurückzukommen.

KTA Kirchmann interessiert die Quote der Personen, die eine Therapie antreten und die Quote erfolgreicher Abschlüsse. Zudem fragt er nach der Abbruchquote.

Frau Bremer bringt ihr Unbehagen über solche Fragen zum Ausdruck, da ein ‚Erfolg‘ schwer messbar sei. Entscheidend für die Ermittlung eines Wertes seien verschiedenen Faktoren, sodass man beim gleichen Personenkreis unterschiedliche Ergebnisse erlangen könne. Dies vorangestellt sei bei einer pessimistischen Auslegung nach einem Jahr ein Erfolg bei vierzig bis sechzig Prozent gegeben, nach anderer Zählweise bei mehr als siebzig Prozent. Für das Lukaswerk könne sie sagen, dass achtzig Prozent der Antragsteller/innen eine Therapie antreten. Wegen der unterschiedlichen Verfahren zur ‚Erfolgsmessung‘ könne sie dazu keine Angaben machen. Abbrechen würden eine Therapie ungefähr fünf von siebzig Personen, was einer Quote von rund sieben Prozent entsprechen würde.

KTA Möhle fragt nach, ob es ein Stadt-Land-Gefälle gebe.

Frau Bremer antwortet, dass wegen der fehlenden Führerscheine die Stadt Peine einen Schwerpunkt bei der Suchtberatung bilde. Allerdings würden, wie schon vorhin gesagt, viele Suchtkranke in die Stadt ziehen, sodass von einer höheren Zahl an unbekanntem Suchtkranken ausgegangen werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt

## **6 . Gesundheitsberichterstattung Gesundheitsförderung 2021 und 2022 Vorlage: 2023/008**

Frau Brasse vom Gesundheitsamt des Landkreises Peine stellt die Gesundheitsberichterstattung vor. In diesem Rahmen sei das Bündnis gegen Depression angesiedelt, zudem sei sie die Koordinatorin der Gesundheitsregion. Zu den Aufgaben gehöre die Vernetzung, die Frau Brasse anhand verschiedener Projekte eingehend erläutere.

KTA Plett fragt nach, was das dabei genannte Projekt ‚Gesundheitliche Vorsorgeplanung‘ bedeute.

Dezernatsleiterin (im Folgenden DL genannt) Prof Dr. Friedrich erklärt, dass hier beispielsweise dokumentiert werde, was die Menschen im Bedarfsfall wollen oder ablehnen, z.B. eine künstliche Beatmung. Dazu müsse eine einheitliche Dokumentation vorhanden sein, um langes Suchen in den Unterlagen zu vermeiden. Im Landkreis Peine würden vier Pflegeheimen sagen, dass das ein großes Thema sei.

Frau Brasse fährt mit der Darstellung der Aufgaben fort. Dabei stellt sie die Zusammenarbeit mit dem Kreissportbund (KSB) vor. Des Weiteren berichtet sie von der Arbeit im ‚Bündnis gegen Depression‘ und berichtet über verschiedene Veranstaltungen. Im Jahre 2021 habe

jedoch die Corona-Krise im Vordergrund gestanden, weshalb es nur zu einer eingeschränkten Anzahl an Präsenzveranstaltungen gekommen sei. Der an dieser Stelle geplante Film könne leider nicht gezeigt werden, da aus technischen Gründen der Ton nicht funktioniere. Der Link werde aber dem Protokoll beigelegt. (Anmerkung des Protokollführers: Von Frau Brasse wurden hierzu folgende Links mitgeteilt: „Sie finden das Video „Psychosoziale Einrichtungen und Selbsthilfe im Landkreis Peine unter Corona-Bedingungen“ bei you tube unter: <https://youtu.be/5f8fnRiYOxE>, das Video: Kraftquellen in besonderen Zeiten-Bewältigungsstrategien in der Pandemie bei you tube unter [Anschließend fährt Frau Brasse mit einer Veranstaltung zum Thema Suizid fort. Zudem weist sie darauf hin, dass das ‚Bündnis gegen Depression‘ im Jahre 2022 zehn Jahre bestanden habe. In der Rückschau sei festgestellt worden, dass man in dieser Zeit viel gemacht habe. Danach fährt sie mit einem Bericht über die Gesundheitsregion fort und erklärt, dass sich die Gesundheitsregion Peine während der Corona-Krise digital getroffen und auf diese Weise die Arbeit fortgesetzt habe.](https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwj3wu-PenJf9AhUX7KQKHe6zAPYQtwJ6BAgJEAI&url=https%3A%2F%2Fwww.youtube.com%2Fwatch%3Fv%3DmpmHVxZzmco&usg=AOvVaw2kCCmmfzyrezMVMs0-UmCY“.)</p></div><div data-bbox=)

KTA Kirchmann fragt nach, ob die Entwicklung der Hausarztzahlen zum Themenfeld der Gesundheitsregion Peine gehöre.

Frau Brasse bestätigt das. Dieses Thema werde unter dem Aspekt des Fachkräftemangels behandelt.

DL Prof. Dr. Friedrich ergänzt, dass die Versorgung mit Hausärzten ein schwieriges Thema sei. Der Landkreis Peine sei dabei, hierzu eine Vorlage einzubringen. Derzeit gebe es seitens der Kommunen verschiedene Anreizsysteme, zu denen die Recherchen fortgeschritten seien. Demnächst werde die Vorlage vorgelegt werden.

KTA Reimers weist darauf hin, dass die Versorgung mit Hausärzten laut der ‚Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen‘(KVN) derzeit noch gut sei. Das werde sich aber bald ändern. Sie kritisiert, dass das Thema nicht schon früher aufgegriffen worden sei.

DL Prof. Dr. Friedrich erwidert, dass man sich mit der ‚Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen‘ im Gespräch befinde. Derzeit laufe zwischen den Kommunen ein Überbietungswettbewerb um die Hausärzte.

KTA Möhle gibt zu bedenken, dass viele Mediziner nicht ‚auf das Land‘ gehen wollen und eine Tätigkeit in einer städtischen Klinik vorziehen würden. Da man keinen Arzt zu einer Niederlassung in einer Landgemeinde zwingen könne, sei die Lage sehr problematisch.

KTA C. Wilke begrüßt die Erstellung einer entsprechenden Vorlage. Es sei positiv, dass der Landkreis Peine sich des Themas annehme und vorangehe. Sie sehe der Vorlage mit Spannung entgegen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt

## **7. Informationen der Verwaltung**

DL Prof. Dr. Friedrich berichtet, dass es einen Härtefallfonds geben werde, um die Probleme mit den Strom- und Gaspreisen abzumildern. Der Landkreis Peine habe hierzu Musterverträge erhalten, nach denen ein Drittel der Kosten vom Land, ein weiteres Drittel von den Kommunen und das letzte Drittel von den Energieversorgern zu tragen seien. Im Landkreis Peine gebe es mit den Stadtwerken und E.ON zwei Anbieter. Während man mit den Stadtwerken einig geworden sei, gestalte sich die Lage mit E.ON schwierig. Nachdem es schon sehr schwer war, einen zuständigen Ansprechpartner zu finden, laute die Antwort, dass man seitens des Unternehmens kein Interesse am Abschluss eines solchen Vertrages habe. Damit sei fraglich, ob mit den Stadtwerken ein solcher Vertrag abgeschlossen werden könne, wenn

nicht alle Anbieter ‚im Boot‘ seien. Bei einem Treffen der Sozialdezernenten/-innen Ende Januar 2023 in Berlin habe sich gezeigt, dass die anderen niedersächsischen Kommunen genauso weit wie der Landkreis Peine seien. Bislang habe noch niemand mit dem Land Niedersachsen einen entsprechenden Vertrag geschlossen.

BV Denecke fragt an, welchen Betrag es vom Land Niedersachsen geben werde.

DL Prof. Dr. Friedrich antwortet, dass für ganz Niedersachsen fünfzig Millionen Euro vorgesehen seien. Wie sich dieser Gesamtbetrag auf die Kommunen verteilen werde, sei noch unklar. In den Haushalt habe man 500.000 Euro eingestellt.

Des Weiteren berichtet DL Prof. Dr. Friedrich davon, dass die geflüchteten Menschen auf die kreisangehörigen Kommunen verteilt seien. Derzeit gebe es keinen neuen Sachstand, weil sich die Zahlen kaum verändern würden.

KTA Schmidt weist darauf hin, dass er noch keine Zahlen bezüglich der Verteilung auf die Gemeinden erhalten habe.

DL Prof. Dr. Friedrich sagt zu, dass eine entsprechende Aufstellung an ihn übersandt werde. Des Weiteren erklärt sie, dass in den Landkreis Peine derzeit rund 1.750 Personen gekommen seien. Die Arbeitsgruppe ‚Ukraine und Folgen‘ habe heute getagt. Die Gebläsehalle sei derzeit leer und werde im Stand-By-Modus gehalten. Im Unternehmenspark Peine (UPP) der Stadt Peine seien ungefähr 105 von 250 Plätzen belegt, weitere Hallen werden derzeit vorbereitet. Da Niedersachsen seine Aufnahmequote übererfüllt habe, werde es über den Sommer hinaus keine größeren Zuweisungen geben. Allerdings sei derzeit unklar, wie sich die Aufnahme von Erdbebenopfern auswirken werde, aber der Landkreis Peine sei auf alles gut vorbereitet.

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Marotz, merkt an, dass die Erdbebenopfer bei Verwandten unterkommen sollen. Die Sammelunterkünfte würden demnach dafür nicht benötigt werden. Zudem sei ihr Aufenthalt befristet.

BV Denecke kritisiert, dass es nach den Ukrainern/-innen nunmehr mit den Erdbebenopfern wieder eine zweite Art von Flüchtlingen geben werde, die besondere Rechte bekämen. Ob die Erdbebenopfer tatsächlich nur kurzfristig im Lande blieben, bezweifelt sie. Diese Menschen hätten in ihrer Heimat alles verloren und könnten daher geneigt sein, sich hier niederzulassen.

KTA Marotz entgegnet, dass man nicht immerzu Menschen aufnehmen könne, weil irgendwann die Kapazitäten erschöpft seien, unter anderem die finanziellen Möglichkeiten.

KTA C. Wilke widerspricht und merkt an, dass das eine Einzelmeinung sei. Es sei im Gegenteil mit viel mehr Flüchtlingen zu rechnen, nicht nur wegen Krieg, sondern auch wegen der Klimakatastrophe. Dass wir durch das Glück der Geburt hier leben, sei Zufall. Wir haben dieses Glück aber nicht gepachtet.

BV Schlaugat merkt an, dass sich in Sachen Flüchtlingskrise gleich aus welchem Grund Europa zuständig fühlen müsse. Eine Kommune wie der Landkreis Peine könne nichts ausrichten.

DL Prof. Dr. Friedrich berichtet über die Vorbereitung einer Inklusionskonferenz im Jahre 2024. Eine Vorkonferenz zu deren Vorbereitung und inhaltlichen Planung sei zusammen mit der Stadt Peine für das Jahr 2023 vorgesehen. Nach der Konferenz werde ein Bericht verfasst werden. Hierzu sei man mit der Stadt und den Gemeinden im Gespräch.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt

## **8 .     Anfragen und Anregungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt und um 18:38 Uhr die Sitzung.

---

Hartmut Marotz  
Ausschussvorsitz

---

Prof. Dr. Andrea Friedrich  
Kreisrätin für Soziales

---

Gerhard Spiller  
Protokollführung